

Die Stadtratsfraktionen ins Verhör genommen

Wichtigste Erwartung der Fragesteller: Weniger Autos in der Innenstadt – Generelles Tempo 30 angemahnt

Acht Vereine und bürgerliche Initiativen, deren gemeinsamer Nenner die kritische Distanz zur Verkehrspolitik der letzten Jahre im Bamberger Rathaus ist, hatten am Donnerstagabend um mit rund 150 Personen nahezu vollbesetzten Harmoniesaal rechtzeitig vor den Stadtratswahlen Gelegenheit, alle im derzeitigen Stadtrat vertretenen Fraktionen zu befragen, wie sie sich die künftige Verkehrspolitik der Stadt Bamberg vorstellen. Einig waren sich nur die Fragesteller: darin nämlich, dem „Auto in der Innenstadt“ den Kampf anzusagen. Nicht so unisono, wengleich mit mehr Übereinstimmung mit den Fragestellern als erwartet, klang's aus den Fraktionen zurück.

Namens des Veranstalters, des Vereins „Bewahrt die Bergstadt“, sagte Prof. Hubel eingangs, in den Wahlprogrammen der zur Bamberger Kommunalwahl antretenden Parteien fänden sich „relativ wenige“ Aussagen über die Verkehrsberuhigung und über die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, um nur zwei Stichworte zu nennen. So fehle es beispielsweise nach Ansicht von „Bewahrt die Bergstadt“ an der Absicht resp. an Hinweisen darauf, Teile des Individualverkehrs auf der heimlichen Bergverbindungsstraße auf Kleinbusse zu übernehmen, die auf der Nord-Süd-Achse durch das Berggebiet fahren könnten. Von den Kirchen, einem der größten Arbeitgeber im Berggebiet, mahnte Hubel „schöpfungsgemäßes Verhalten“ im Sinne der Stuttgarter Erklärung von 1988 durch die Reduzierung des Individualverkehrs an. Und schließlich kritisierte Hubel, daß der Ausbau des Innenstadtrings trotz abgeschlossener Bürgerbeteiligung und fix und fertiger Planungen immer noch nicht beschlossen sei. Soweit die Vorbemerkung des Veranstalters.

Meistgefragt die CSU

Die „Regie“ des Abends sah keine Diskussion, sondern nur eine Befragung vor: Jeder der acht Vereine befragte dabei meist eine, maximal zwei Fraktionen. Da die meisten Fragen an die CSU-Fraktion, die die Mehrheit im derzeitigen Stadtrat hat, gestellt wurden, bestritt auch deren Verkehrsexperte, StR Förster, den größten Antwort-Teil. StR Dr. Wildenauer (ÜBG), der lange sitzen mußte, bis er „gefragt“ war, wunderte sich, daß er überhaupt noch an die Reihe kam. Aus der Reihe fiel das Motto, das Moderator Dr. Hage der Befragung voranstellte: „Der Wähler legalisiert die Handlungen, die später gegen ihn unternommen werden.“

Für die Schutzgemeinschaft „Alt-Bamberg“ wollte deren Sprecher Hartmann von StR Förster (CSU) wissen, ob die Planung des Ausbaus des Innenstadtrings in Gefahr gerate, in der Schublade zu verschwinden. Förster erwiderte, die „überwiegende

Mehrheit“ seiner Fraktion sei für den Ring, sei's schon deshalb, weil nur die Voraussetzung für ein Funktionieren des öffentlichen Nahverkehrs schaffe, wie das „derzeit bereits der Fall ist“.

Eine zweite Frage Hartmanns richtete sich an StR Witschel (F.D.P.): Wie er, Witschel, zur Forderung „Alt-Bambergs“ stehe, den Individualverkehr (mit Autos) „total aus der Innenstadt herauszunehmen“. Witschel antwortete: Dieses Ziel stehe auch bei Billinger – zum Verständnis: das Planungsbüro Billinger hat die wesentlichsten Vorgaben für die Einführung des Innenstadtrings gegeben. Die Red. – doch stehe es unter „dringlich II“, und genau dies sei auch seine und der F.D.P. Position.

Fußgängerachse vermißt

Der Sprecher des Verkehrsclubs für Umweltbewusste (VCD), Dresel, vermißt eine „Fußgängerachse vom Domberg bis zum Bahnhof“. Für die CSU-Fraktion antwortete wieder Förster: Es sei undenkbar, derzeit zum Beispiel die Luitpoldstraße aus dem Verkehr herauszunehmen und zum Fußgängerbereich umzuwidmen. Auf die entlang der Luitpoldstraße gelegenen Kurzzeitparkplätze seien die Geschäfte an der gewünschten „Fußgängerachse“ dringend angewiesen.

Daß der Fahrradverkehr in Bamberg nur als ein „Abfallprodukt der Autoplanung“ betrachtet werde, meinte der Sprecher des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs, Paul. Beweis für seine These: die nur einen guten Meter breiten Radwege an der Friedrichstraße für das „derzeit sicherste Verkehrsmittel“. Der angesprochene Vertreter der SPD-Fraktion, StR Guthlein, widersprach zwar der Behauptung, die Verkehrssicherheit des Radfahrens sei unübertroffen – „Schauen Sie sich doch die tägliche Praxis an!“ –, erklärte aber sein Einverständnis, Radwege auch zu Lasten der Autofahrer und ihres innerstädtischen Parkraums anzulegen, wo dies technisch machbar sei.

Ansatz „gescheitert“

Der Bund Naturschutz stellte durch seinen Sprecher Rieger lakonisch fest, der Ansatz zur Verkehrsberuhigung in Bamberg sei gescheitert. Als Beweis wertete er u.a. die steigenden Kfz-Zulassungszahlen. Seine daraus resultierende Frage an StR Förster, ob die CSU bereit sei, dem autofahrenden Bürger konkrete Beschränkungen aufzuzwingen, beantwortete dieser so: Durchaus, aber (nur) im Sinne der Reduzierung des Individualverkehrs in den Städten.

Für Greenpeace wollte dessen Sprecher Wolf von StR Witschel (F.D.P.) wissen, ob es eine „Gegenrechnung“ gebe: Was die Verkehrsberuhigung kostet, wird bei der Erhaltung der Altstadtsubstanz durch geringeren Emissionsanfall wieder herausgeholt.

Diese Umwegerentabilität kenne man zwar, meinte Witschel, konkrete Berechnungen aber gebe es nicht.

Für die Ausdünnung innerstädtischer Parkplätze sprach sich für die GAL StR Gack aus. Daß dabei auch der Hertie-Tiefgarage am Maxplatz „die Ader abgeschnitten“ werde, sei nur logisch. Für die generelle Einführung von Tempo 30 in der Stadt plädierte die Sprecherin des Deutschen Kinderschutzbundes, Filkorn. Als der von ihr als christlicher Politiker ob seiner moralischen Verpflichtung gegenüber den unmündigen Verkehrsteilnehmern angesprochene ÜBG-StR Dr. Wildenauer („Bei mir rennen Sie offene Türen ein, ich hatte acht Kinder!“) meinte, er habe nichts dagegen, resümierte Frau Filkorn: „Wenn alle im Stadtrat einig sind, warum wird dann Tempo 30 nicht eingeführt!“ Der Saal klatschte.

Bald ad absurdum

Die Initiative Hofstadt brachte durch ihren Sprecher Brendel den Neuen Markt am Bahnhof ins Gespräch; er werde die Verkehrsführung „ad absurdum“ führen. StR Gack: „Wir haben ihn nicht gewollt.“ StR Guthlein (SPD): Die SPD-Fraktion prophezeie wegen der hohen Zahl von Kfz-Stellplätzen am Neuen Markt ein „Verkehrschao ungeahnten Ausmaßes.“ Zuletzt sprach Prof. Hubel für „Bewahrt die Bergstadt“ den „Westtunnel“ an. Er fragte, warum die CSU mit diesem Termin noch argumentiere, obwohl Baureferent Jonas einen solchen Berg Verbindungstunnel bereits 1988 als „Quatsch“ bezeichnet habe. Antwort von StR Förster (CSU): Wenn durch die angeforderte Strukturanalyse bewiesen werden sollte, daß eine wie auch immer geartete Bergverbindungsstraße den Verkehr in der Altstadt wesentlich entlastet, dann sei es legitim, sich über den „Tunnel“ oder Alternativen Gedanken zu machen. Erst dann werde auch eine Entscheidung fallen.

Unterschiedliche Auskünfte gaben CSU und SPD zum Vorschlag Hubels, die heimliche Bergverbindung (Maienbrunnen – Storchsgasse – Sutte) zu kappen: Keine Teillösung für das Berggebiet, ohne Vorlage eines Gesamtkonzepts (Förster); allen Fahrverkehr mit Ausnahme des Quellverkehrs zum Erliegen bringen (Guthlein).

Ende der zwei Fragestunden. Es war nicht einmal 22 Uhr, noch früher als beim strittigen Schluß der Bürgerversammlung im Greifenklau. WH

10. 3. 1990